Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt

für den Amtsbezirk

des

Evangelisch-lutherischen Landeskirchenamts in Kiel

Stück 2

Kiel, den 13. Februar

1942

Für Führer und Volk

fiel der Oberleutnant und Kompanieführer
Jürgen Lorenzen,
Student der Theologie,

starb an den Folgen seiner Verwundung im Lazarett zu Krakau
der Vikar

Johannes Adolf Wohlenberg,
Gefreiter in einem Infanterie-Regiment

Im Dienste der Wehrmacht starb
am 28. Januar 1942 der Marinekriegspfarver
Dr. theol. Hellmut Heinrich

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt
Dr. Kinder.

Inhalt: 8. Verordnung über die Bildung von Gesamtverbänden (S. 8) - 9. Abnahme der Bronzeglocken (S. 9) - 10. Zusätzliche Altersversorgung invalidenversicherungspflichtiger kirchlicher Gefolgschaftsmitglieder (S. 10) - 11. Fortzahlung der Dienstbezüge an die zum Wehrdienst einberufenen nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder (S. 11) - 12. Bezüge der zum Wehrdienst einberufenen nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder (S. 12) - 13. Kinderzuschläge an nichtbeamtete kirchliche Gefolgschaftsmitglieder (S. 12) - 14. Rechtsverbindliche Anordnung über die Versorgungsbezüge gefallener Geistlichen und Kirchenbeamten (S. 13) - 15. Kirchliche Statistik für 1941 (S. 13) - 16. Ausschreibung einer Kirchenmusikerstelle (S. 14) - 17. Oberlin-Seminar (S. 14) - 18. Konfirmationscheine (S. 14) - 19. Fachbibliothek der Inneren Mission (S. 14) - Personalien

Nr. 8. Verordnung über die Bildung von Gesamtverbänden. Vom 10. Febr. 1942.

Auf Grund der §§ 2 und 3 der Siebzehnten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 10. Dezember 1937 - RGBl. S. 1346 - wird mit Zustimmung der Finanzabteilung verordnet:

§ 1

Benachbarte Kirchengemeinden und Kirchengemeindev Verbände können zu einem Gesamtverband zusammengeschlossen werden. Der Gesamtverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

§ 2

Organ des Gesamtverbandes ist allein sein Vorstand, der den Gesamtverband leitet sowie gerichtlich und außergerichtlich vertritt.

§ 3

Die Anordnung über die Bildung eines Gesamtverbandes trifft das Landeskirchenamt mit Zustimmung der Finanzabteilung.

Vor der Anordnung sind die beteiligten Kirchengemeinden (Kirchengemeindev Verbände) zu hören.

§ 4

Für die Einrichtung und Geschäftsführung des Gesamtverbandes und seines Vorstandes ist die vom Landeskirchenamt mit Zustimmung der Finanzabteilung zu erlassende Satzung des Gesamtverbandes maßgebend.

§ 5

Einem Gesamtverband können als Aufgaben übertragen werden:

1. Die Veranlagung und Erhebung von Kirchensteuern (einschließlich Kirchgeld) nach Maßgabe der allgemein geltenden Bestimmungen;

2. die Aufbringung und Weiterleitung der für die Propstei und die Landeskirche zu erhebenden Umlagen;

3. die Aufbringung der Mittel für die Pfarrbesoldung und -versorgung einschließlich der Besoldung für die Hilfsgeistlichen und Provinzialvikare nach der jeweils geltenden Ordnung, soweit die Stamenteinkünfte in den Kirchengemeinden (Kirchengemeindev Verbände) des Gesamtverbandes und die ihnen gewährten Zuschüsse nicht ausreichen;

4. die Gewährung von Ausgleichszuschüssen an leistungsschwache Kirchengemeinden (Kirchengemeindev Verbände) des Gesamtverbandes, die nicht in der Lage sind, mit den auf sie entfallenden Kirchensteuern des Gesamtverbandes und mit ihren sonstigen Einnahmen die Bedürfnisse ihres Haushaltsplans zu decken.

Mit Zustimmung des Landeskirchenamts und der Finanzabteilung können dem Gesamtverband weitere Aufgaben übertragen werden.

§ 6

Der vom Gesamtverband zu hebende Kirchensteuer- und Kirchgeldsatz ist vom Vorstand des Gesamtverbandes festzusetzen. Die Kirchensteuer (Kirchgeld) ist von allen der Besteuerung unterliegenden Pflichtigen nach einheitlichen Sätzen zu erheben.

Vor einer Änderung der Sätze hat der Vorstand die Kirchenvorstände (Kirchengemeindev Verbandsausschüsse) des Gesamtverbandes zu hören.

§ 7

Die Verwaltung der Kirchensteuern ist Sache der für den Gesamtverband zu bildenden Kirchensteuerstelle.

Die Kirchensteuererträge sind, soweit sie nicht für die in § 5 Ziffer 2-4 bezeichneten Zwecke und für die

Verwaltungskosten des Gesamtverbandes benötigt werden, von der Kirchensteuerstelle an diejenigen Kirchengemeinden (Kirchengemeindev Verbände) weiterzuleiten, in deren Bezirk sie aufgekomen sind.

§ 8

Die Kirchengemeinden (Kirchengemeindev Verbände) des Gesamtverbandes sind verpflichtet, vor Beginn des Rechnungsjahres ihre Haushaltspläne dem Vorstand des Gesamtverbandes einzureichen.

Der Vorstand ist berechtigt, die Festsetzung der Haushaltspläne mit Ausnahme der gesetzlichen Leistungen aus finanziellen Gründen zu beanstanden. Erfolgt eine Beanstandung nicht innerhalb einer Frist von einem Monat nach Einreichung des Haushaltsplans, so gelten diese Festsetzungen seitens des Gesamtverbandes als anerkannt. Findet im Falle einer Beanstandung eine Einigung nicht statt, so entscheidet die Finanzabteilung des Landeskirchenamts nach Anhörung des Vorstandes des Gesamtverbandes und des Kirchenvorstandes (Verbandsausschusses) endgültig.

§ 9

Der Vorstand des Gesamtverbandes ist verpflichtet, den Kirchengemeinden (Kirchengemeindev Verbänden) des Gesamtverbandes für jedes Rechnungsjahr einen zahlenmäßig belegten Bericht über seine Wirtschaftsführung zu erstatten.

§ 10

Werden infolge der Bildung eines Gesamtverbandes Gemeindeämter der Kirchengemeinden (Kirchengemeindev Verbände) aufgelöst oder verkleinert, so sind die freierwerbenden Kirchengemeindebeamten oder Angestellten unter Beibehaltung ihrer bisherigen Befoldungs- und Versorgungsansprüche vorzugsweise vom Gesamtverband zu übernehmen.

§ 11

Die Verordnung tritt am 1. April 1942 in Kraft.

Kiel, den 10. Februar 1942.

Der Präsident
des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamts.

Dr. Kinder.

Nr. C 493 (Dz. III)

Nr. 9. Abnahme der Bronzeglocken

Der Reichswirtschaftsminister
II EM 4/226/42

Berlin, den 20. 1. 1942

Nachtrag zu den Richtlinien v. 7. 11. 1942 zur Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Erfassung von Nicht Eisenmetallen v. 15. 5. 40. (RGS. I S. 540)

In Ergänzung meiner Richtlinien über die Abnahme der Kirchenglocken v. 7. 11. 1941 (II EM 12 43341*) - bestimme ich:

1. Unter Kirchengemeinden im Sinne dieser Richtlinien sind nur die Kirchengemeinden zu verstehen, die eigene Rechtspersönlichkeit haben. In Zweifelsfällen entscheidet der zuständige Landrat bzw. Oberbürgermeister endgültig.

2. In Abänderung von Ziff. 1 meiner Richtlinien verbleibt jeder Kirchengemeinde nur die kleinste vorhandene Glocke. Eine Unterscheidung nach A-, B- oder C-Glocken findet bei der Abnahme nicht mehr statt. Außer der kleinsten Glocke dürfen weitere Glocken in einer Kirchengemeinde auch dann nicht verbleiben, wenn sie für besondere Zwecke, insbesondere als Feuer- oder Alarmglocken, vorgesehen sind. Soweit auf Grund der bisherigen Regelung in Kirchengemeinden eine C-Glocke an Stelle einer kleineren A- oder B-Glocke verblieben ist und die kleineren Glocken bereits ausgebaut sind, kann es hierbei verbleiben, falls die Rückführung der kleinsten Glocke besondere Schwierigkeiten verursachen würde. Ziff. 2 meiner Richtlinien v. 7. 11. 1941 gilt unverändert.

3. Zur Klarstellung weise ich darauf hin, daß Glocken mit einem Stückgewicht bis 25 Kilogramm der Beschlagnahme unterliegen. Soweit sie nicht als „kleinste Glocke“ gemäß Ziff. 2 einer Kirchengemeinde verbleiben, sind sie zu erfassen. Nur Glocken mit einem Stückgewicht von weniger als 10 Kilogramm sind von der Beschlagnahme ausgenommen (vgl. § 2a. der Durchf. Best. v. 15. 4. 1940, RNz. Nr. 88).

4. Die Abnahme der Glocken ist nach Möglichkeit ohne Zerstörung oder Beschädigung im Glockenstuhl durchzuführen. Nur bei schwierigem oder kostspieligem Ausbau darf auf Anweisung der zuständigen Zeitstelle die Zerlegung der Glocken auf dem Turm erfolgen.

1) Vgl. RNz. 1941 S. 2035.

5. Die Denkmalspfleger und Landeskonservatoren sind berechtigt, von den abzunehmenden Glocken Aufnahmen, Aufzeichnungen, Abbildungen oder Abdrucke herzustellen. Die mit der Abnahme und dem Abtransport beauftragten Stellen haben diese Arbeit zu ermöglichen. Eine Verzögerung bei der Abnahme oder dem Abtransport darf indessen nicht eintreten.

Vorstehenden Erlaß des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 20. Januar 1942 geben wir unter Hinweis auf unsere Kundverfügung vom 18. November 1941 - C 4040/III - zur Kenntnis.

Kiel, den 12. Februar 1942.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt.

In Vertretung:

Bührte.

Nr. C 467 (Dg. III)

Nr. 10. Zusätzliche Altersversorgung invalidenversicherungspflichtiger kirchlicher Gefolgschaftsmitglieder

Kiel, den 26. Januar 1942.

In unserer Kundverfügung vom 29. Oktober 1941 - C 3729 - hatten wir Weisungen für die Sicherstellung der Zusatzversorgung der bei kirchlichen Verwaltungen beschäftigten Arbeiter in Aussicht gestellt. Wir sehen davon ab, eine der beiden in der Kundverfügung genannten Möglichkeiten:

- a) eine Versicherung bei einer der Zusatzversorgungsanstalt des Reichs und der Länder gleichgestellten Einrichtung,
- b) die in Nr. 1 der Richtlinien der Finanzabteilung bei der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei (Kirchl. Ges. u. V.-Blatt 1940 S. 2) bereits vorgesehene Zahlung freiwilliger jederzeit widerruflicher Zusatzrenten durch den Arbeitgeber,

ausschließlich für verbindlich zu erklären, überlassen vielmehr den Kirchenvorständen die Entscheidung, welchen der beiden Wege sie beschreiten wollen.

Zu den Versorgungskassen unter a) zählt u. a. auch die „Versorgungskasse für Berufsarbeiter und Berufsarbeiterinnen der Inneren Mission der Deutschen

Evangelischen Kirche“, die durch Erlaß des Reichsministers des Innern vom 22. September 1941 für die Gefolgschaftsmitglieder der Inneren Mission und der Evangelischen Kirche der Zusatzversorgungsanstalt des Reichs und der Länder gleichgestellt ist. Diese Versorgungskasse der Inneren Mission ist ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, der seinen Sitz in Berlin hat. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle in Berlin-Dahlem, Altensteiner Straße 36 b, von der auch die Satzung und die allgemeinen Versicherungsbedingungen der Versorgungskasse zu erhalten sind. Bei Inanspruchnahme der Kasse ist zu beachten, daß die Arbeitnehmer zwar zur Beteiligung an den Beiträgen verpflichtet sind, jedoch nicht mit einem höheren Beitrag belastet werden dürfen, als sie ihn zur Zusatzversorgungsanstalt jeweils zu leisten haben würden. Soweit infolge des Alters des Arbeitnehmers erhebliche Nachzahlungsbeiträge an die Versorgungskasse zu zahlen wären, ist nach Nr. 1 Satz 3 und 4 der Richtlinien vom 11. Dezember 1939 (Kirchl. Ges. u. V.-Blatt 1940 S. 2) zu verfahren.

Diejenigen Kirchengemeinden, in denen die zusätzliche Versorgung durch freiwillige Zusatzrenten des Arbeitgebers erfolgen soll, haben uns hierüber zuvor zu berichten, auch wenn entsprechende Anträge schon früher eingereicht sind. In den Berichten ist anzugeben die Höhe der zusätzlichen Leistungen und die Höhe der zur Sicherung der künftigen Leistungen beabsichtigten jährlichen Rücklagen. Die Berichte müssen uns spätestens bis zum 15. April 1942 eingereicht werden. Wir werden dann entscheiden, ob von diesen Kirchengemeinden ihren Vorschlägen entsprechend verfahren werden kann, oder ob die Höhe der Leistungen und der Rücklagen den von uns gegebenenfalls dann noch festzulegenden Richtlinien anzupassen sind.

Es ist Aufgabe der Kirchenvorstände, die zusätzliche Altersversorgung der invalidenversicherungspflichtigen Gefolgschaftsmitglieder nunmehr beschleunigt diesen Weisungen gemäß sicherzustellen.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt

Finanzabteilung

In Vertretung:

Bührte

Nr. C 4345 (Dg. III)

Nr. 11. Fortzahlung der Dienstbezüge an die zum Wehrdienst einberufenen nicht-beamteten Gefolgschaftsmitglieder

Der Reichsminister des Innern Berlin, den 1. Sept. 1941

V d 308 VI/40
4010 Z

Betr. Weiterzahlung der Dienstbezüge an nichtbeamtete Dienstkräfte im gemeindlichen Bereich bei Einberufung zum Wehrdienst.

Durch die Erlasse vom 13. Oktober 1939 - V d Bes. 2413/39 - 4000 - (nicht veröffentlicht) und durch Abs. 2 des AbErlasses vom 18. März 1940 (RMBlB. Sp. 573) sind die Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände auf der Grundlage der AbErlasse des Reichsministers der Finanzen vom 26. August/9. September 1939 (Reichshaushalts- und Bes. Bl. S. 212, 238) ermächtigt worden, den Gefolgschaftsmitgliedern (Angestellten und Arbeitern) bei Einberufung zum Wehrdienst bis auf weiteres die bisherigen Dienstbezüge weiter zu gewähren. Dabei ist davon ausgegangen worden, daß es einer besonderen Aufforderung, von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen, nicht bedürfe und daß die Gemeinden usw. nur dann von der Weiterzahlung der Bezüge absehen würden, wenn mangelnde finanzielle Leistungsfähigkeit dazu zwingt.

In zunehmendem Maße gehen in letzter Zeit gemeindliche Selbstverwaltungskörperschaften dazu über, die Weiterzahlung der Dienstbezüge einzustellen und die einberufenen Gefolgschaftsmitglieder auf den Familienunterhalt zu verweisen.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen sehe ich mich daher veranlaßt, folgendes festzustellen:

Ein solches Vorgehen wird - unbeschadet der Möglichkeit, nach Abschn. II des AbErlasses vom 2. Mai 1941 - (Vf 197/41 - 7900) Familienunterhalt an Stelle der Dienstbezüge zu gewähren, falls letztere unter dem Familienunterhalt liegen - nur in den Fällen in Frage kommen, in denen wirklich die Mittel für die Fortzahlung nach der Finanzlage der Körperschaft nicht zur Verfügung stehen; und auch in diesen Fällen gehe ich davon aus, daß die Gemeinden usw.

den Familienunterhalt durch freiwillige Zuwendungen bis zur Einkommenshöchstgrenze (Nr. 58 f. des AbErlasses vom 5. Juli 1940 - RMBlB. Sp. 1363) - ergänzen. Sonst aber müssen sich die Gemeinden usw. bewußt sein, daß sie in der Fürsorge für ihre Angestellten und Arbeiter nicht hinter Reich und Ländern zurückstehen dürfen. Jeder Dienstherr hat grundsätzlich seine Gefolgschaftsmitglieder selbst zu betreuen und die Kosten dafür auch selbst aufzubringen. Es würde in der Öffentlichkeit nicht verstanden werden, wenn einzelne in Betracht kommende Stellen und insbesondere die Gemeinden sich dieser selbstverständlichen Pflicht ohne schwerwiegenden Grund entzögen.

Ich gebe deshalb der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände ihren Gefolgschaftsmitgliedern bei Einberufung zum Wehrdienst die Dienstbezüge weitergewähren. Ausgenommen bleiben:

- a) die Gefolgschaftsmitglieder, die bereits vor dem 26. August 1939 ausgeschieden sind, sofern sie nicht etwa inzwischen wieder eingestellt wurden; vergl. AbErl. v. 3. April 1941 - RMBlB. Sp. 586 - ,
- b) die in Abs. 3 des AbErlasses vom 18. März 1940 - RMBlB. Sp. 573 - aufgeführten Gefolgschaftsmitglieder,
- c) die im AbErlaß vom 31. Juli 1940 - RMBlB. Sp. 1605 - aufgeführten Gefolgschaftsmitglieder.

Sonstige Ausnahmen sind nicht angebracht.

Soweit die Fortzahlung der Dienstbezüge bereits eingestellt worden ist, erwarte ich, daß die Zahlung in vorstehendem Rahmen für die Zukunft ohne Verzug wieder aufgenommen wird, und zwar ohne dies von Anträgen der Betroffenen abhängig zu machen.

Die Gemeinden usw., die die Weiterzahlung der Dienstbezüge einstellen und die Gefolgschaftsmitglieder auf den Familienunterhalt verweisen, haben das ihrer Aufsichtsbehörde (dreifache Ausfertigung) anzuzeigen und dabei die Zahl der Gefolgschaftsmitglieder, die für sie zuletzt aufgewandten Monatsbezüge und die Höhe der künftigen monatlichen freiwilligen Zuwendungen anzugeben. Die Aufsichtsbehörden haben diese Meldungen bereitzulegen für den Fall, daß sie von hier aus angefordert werden.

Vorstehenden Erlaß bringen wir den Kirchengemeinden zur Kenntnis. Wir verweisen auf unsere Bekanntmachungen vom 10. April 1940 (Kirchl. Gef. u. V. Bl. S. 44) und 3. Februar 1941 (Kirchl. Gef. u. V. Bl. S. 9) und erwarten, daß gemäß unserer Rundverfügung vom 7. September 1940 - B 3435 - die Dienstbezüge an die einberufenen nichtbeamteten kirchlichen Gefolgschaftsmitglieder weitergezahlt werden, soweit die Weiterzahlung für die Kirchengemeinden wirtschaftlich nur irgendwie tragbar ist.

Die nach dem letzten Absatz des Ministerialerlasses zu erstattenden Anzeigen sind an das Landeskirchenamt zu richten. Wenn die Zahlungen bereits eingestellt sind, sind die Meldungen bis zum 10. März 1942 einzureichen, für künftige Fälle vor der beabsichtigten Zahlungseinstellung.

K i e l, den 22. Januar 1942.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt
Finanzabteilung

In Vertretung:
Bührke

Nr. C 206 (Dej. III)

Nr. 12. Bezüge der zum Wehrdienst einberufenen nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder

(1) Nach den RdErl. des RM. v. 26. 8. und 9. 9. 1939 (RWB. S. 212, 238) sind bei der Festsetzung der Dienstbezüge, die den zur Wehrmacht einberufenen nichtbeamteten Gefolgschaftsmitgliedern weitergewährt werden dürfen, die Ueberstundenvergütungen nicht zu berücksichtigen. Einige Gefolgschaftsmitglieder, z. B. die Kraftwagenführer mit erheblichen Ueberstundenleistungen, erhalten deshalb Dienstbezüge, die den Betrag, der ihnen gegebenenfalls nach dem Einfaß-Familienunterhaltsges. v. 26. 6. 40 (RWB. I S. 911) gewährt würde, nicht erreichen.

(2) Im Einvernehmen mit dem RM. genehmige ich daher, daß

a) nichtbeamtete Gefolgschaftsmitglieder, bei denen der Familienunterhalt auf Grund ihres Einkommens vor der Einberufung höher sein würde als die weiterzugewährenden Dienstbezüge, unter Verzicht auf diese den Familienunterhalt wählen können,

ohne ihr Beschäftigungsverhältnis kündigen zu müssen,

b) für Gefolgschaftsmitglieder, die den Familienunterhalt gewählt haben, dieser durch freiwillige Zuwendungen bis zur Einkommenshöchstgrenze (Nr. 58 ff. des RdErl. v. 5. 7. 1940, MWBl. S. 1363) ergänzt wird.

(3) Ich ersuche, in jedem Einzelfall die Einkommenshöchstgrenze (Nr. 60 ff. aaD.) bei der für die Bewilligung des Familienunterhalts zuständigen Stelle festzustellen.

Vorstehenden Runderlaß des Herrn Reichsministers des Innern vom 13. Januar 1942, abgedruckt im MWBl. i. B. S. 161, geben wir bekannt.

K i e l, den 26. Januar 1942.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt
Finanzabteilung
In Vertretung:
Bührke

Nr. C. 297.

Nr. 13. Kinderzuschläge an nichtbeamtete kirchliche Gefolgschaftsmitglieder

Mit Zustimmung des Reichstreuhänders für den öffentlichen Dienst erlasse ich auf Grund von § 16 des Gesetzes zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben vom 23. März 1934 - RWBl. I S. 220 - im Einvernehmen mit der Finanzabteilung bei der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei folgende

Gemeinsame Dienstordnung über die Gewährung von Kinderzuschlägen an nichtbeamtete kirchliche Gefolgschaftsmitglieder:

§ 1.

Die Tarifordnung des Reichstreuhänders für den öffentlichen Dienst zur Regelung der Kinderzuschläge für Gefolgschaftsmitglieder in Verwaltungen und Betrieben von Gemeinden und Gemeindeverbänden mit weniger als 10 000 Einwohnern vom 4. August 1941 (Tarifregister Nr. 3587/1; Reichsarbeitsblatt S. IV-1445) findet zugunsten solcher kirchlicher Gefolgschaftsmitglieder sinngemäß Anwendung, für die nicht auf Grund der Anordnung der Finanzabteilung bei der

Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei vom 28. September 1938 (GBl. d. D. R. S. 83) oder auf Grund anderweiter Vorschriften die Tarifordnungen A oder B für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst gelten. Sie findet jedoch auf Gefolgschaftsmitglieder von Kirchengemeinden und kirchlichen Verbänden mit nicht mehr als 3000 Gemeindegliedern nur dann Anwendung, wenn die Kirchengemeinde (der Gemeindeverband) ihren Sitz an einem Ort mit mehr als 3000 Einwohnern hat.

§ 2

Diese Gemeinsame Dienstordnung tritt mit Beginn des Vergütungs- oder Lohnzahlungszeitraums in Kraft, der auf ihre Veröffentlichung im Gesesblatt der Deutschen Evangelischen Kirche folgt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens im Bereich der Evangelischen Kirche in Oesterreich wird besonders bestimmt.

Berlin, den 9. Januar 1942.

Der Leiter
der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei
Dr. Fürle.

Vorstehende gemeinsame Dienstordnung über die Gewährung von Kinderzuschlägen an nichtbeamtete Gefolgschaftsmitglieder vom 9. Januar 1942 geben wir bekannt.

Kiel, den 12. Februar 1942.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt

In Vertretung:
Bührke

Nr. C 498 (Dej. III)

Nr. 14. Rechtsverbindliche Anordnung über die Versorgungsbezüge gefallener Geistlichen und Kirchenbeamten

Kiel, den 14. Februar 1942.

Rechtsverbindliche Anordnung über die Versorgungsbezüge gefallener Geistlichen und Kirchenbeamten.

Vom 10. November 1941.

Auf Grund der §§ 8 Absatz 1 und 6 der Fünfzehnten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 25. Juni 1937 - RGBl. I S. 697; GBl. d. D. R. S. 33 ff. - wird mit Zustimmung des Reichsministers

für die kirchlichen Angelegenheiten folgende rechtsverbindliche Anordnung erlassen:

§ 1

(1) Ist ein in einem Pfarramt einer Kirchengemeinde festangestellter Geistlicher oder ein festangestellter Geistlicher eines Kirchenkreises, einer Kirchenprovinz oder der Kirche, oder ist ein Kirchenbeamter gemäß § 1 der Kirchenbeamtenordnung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 13. April 1939 - GBl. d. D. R. S. 43 - als Soldat oder Wehrmachtsbeamter gefallen oder an den Folgen einer Verwundung oder eines während des besonderen Einsatzes erlittenen Unfalles, der als Wehrdienstbeschädigung anerkannt ist, gestorben, so sind für die Berechnung der kirchlichen Versorgungsbezüge ihrer Hinterbliebenen die Bestimmungen über die Unfallfürsorge nach dem Deutschen Beamtengesetz entsprechend anzuwenden. Dasselbe gilt, wenn der Tod nach der Entlassung aus dem aktiven Wehrdienst eingetreten ist.

(2) Die rechtskräftige Anerkennung eines Körperschadens als Wehrdienstbeschädigung oder Beschädigung bei besonderem Einsatz ist für die Entscheidung über Versorgungsansprüche nach Absatz 1 bindend.

§ 2

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 1939 ab in Kraft.

Berlin, den 10. November 1941

Finanzabteilung

bei der

Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei.

In Vertretung:

Dr. Fürle.

Vorstehende rechtsverbindliche Anordnung über die Versorgungsbezüge gefallener Geistlichen und Kirchenbeamten bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntnis.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt

Finanzabteilung

In Vertretung:

Bührke

Nr. B 302 (Dej. II)

Nr. 15. Kirchliche Statistik für 1941

Kiel, den 4. Februar 1942.

Den Präpsten (Landesuperintendent) gehen in diesen Tagen die für die Aufstellung der kirchlichen

Statistik 1941 erforderlichen Formulare zu, für jede Kirchengemeinde zwei Formulare A und für jede Propstei (Landesuperintendentur) zwei Formulare B.

Hinsichtlich der Bearbeitung der Formulare A und B verweisen wir auf unsere hierzu ergangenen früheren Verfügungen, die in unserer Bekanntmachung vom 18. Januar 1939 - C 421 - (Kirchl. Gesetz u. Verordnungsblatt 1939, Seite 10) genannt sind.

Die Geistlichen haben ein Stück des Formulars A bis spätestens zum 15. April 1942 ausgefüllt an den Propsten (Landesuperintendenten) zurückzugeben, der seinerseits ein Stück des Formulars B zusammen mit den Unterlagen der Gemeinden bis zum 16. Mai 1942 an den Statistikpfarrer, Pastor i. R. Brederick in Kiel, Goethestraße 12, einzureichen hat.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt

Im Auftrage:

Dr. Hahn

Nr. C 39 (Dz. VIII).

Nr. 16. Ausschreibung einer Kirchenmusikerstelle

Kiel, den 19. Februar 1942.

Die Kirchenmusikerstelle in Nienendorf (Hamburg) ist zu besetzen. Bewerber müssen die Bescheinigung A oder B über die Anstellungsfähigkeit besitzen (Verordnung vom 8. Oktober 1940 - Kirchl. Ges. u. V. Bl. 1941, Seite 49). Vergütung bei Bescheinigung A nach Gruppe VI b, bei Bescheinigung B nach Gruppe VII SDL. Zunächst ein Probejahr. Bewerbungen sind bis zum 10. April 1942 an den Kirchenvorstand in Nienendorf (Hamburg) zu richten.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt

In Vertretung:

Bührke

Nr. C 555.

Nr. 17. Oberlin-Seminar

Kiel, den 29. Januar 1942.

Wir weisen die Geistlichen auf das Oberlin-Seminar in Potsdam-Babelsberg hin, das evangelische Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen ausbildet. Der zweijährige Lehrgang schließt mit einer staatlichen Prü-

fung. Für auswärtige Schülerinnen ist mit dem Seminar ein Heim verbunden.

Nähere Auskunft erteilt der Vorstand des Diakonissen-Mutterhauses, Oberlinhaus in Potsdam-Babelsberg.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt

Im Auftrage:

Dr. Hahn

Nr. A 101 (Dz. IV)

Nr. 18. Konfirmationsheine

Kiel, den 16. Februar 1942.

Im Verlag des Evangelischen Vereins Kaiserslautern sind eine Reihe künstlerisch wertvoller Konfirmationsheine deutscher Meister erschienen. Wir weisen die Geistlichen auf diese Verlagserscheinung hin.

Die Heine sind entweder direkt beim Verlag in Kaiserslautern, Bürgstraße 15, oder bei der Buchhandlung der Agentur des Rauhen Hauses in Hamburg zu beziehen.

Im Auftrage:

Dr. Hahn

Nr. A 160 (Dz. VII)

Nr. 19. Fachbibliothek der Inneren Mission

Kiel, den 16. Februar 1942.

Der Zentralausschuß für die Innere Mission unterhält in Berlin-Dahlem, Reichensteiner Weg 24, eine Fachbibliothek der Inneren Mission.

Der Bestand beträgt rund 45 000 Bände (Innere Mission, Theologie, Philosophie, Wohlfahrtspflege, Pädagogik und Psychologie, Rechts-, Staats- und Sozialwissenschaft, Geschichte u. Volkskunde, Biographien, Unterhaltungsliteratur).

Die Bibliothek steht allen Pfarrern, Theologiestudierenden, Sozialarbeitern und Berufsarbeitern der Inneren Mission zur Verfügung. Die Leihgebühr beträgt pro Buch 10 Pfg. Der Leihverkehr erfolgt auch nach außerhalb.

Anfragen sind an die Innere Mission zu richten.

Im Auftrage:

Dr. Hahn

Nr. A 142 (Dz. VIII).

Personalien

Kriegsauszeichnungen erhielten:

Propst P. Schütt - Hamburg-Altona, 3. St. Hauptmann bei einem Luftgaukommando - Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern;

Prov. Vikar Mäder - 3. St. Unteroffizier im Osten - E.K. II. Klasse.

Dem Präsidenten des Landeskirchenamtes Dr. Kinder wurde die Dienstauszeichnung für die NSDAP. in Bronze verliehen.

Seite 16
(Leerseite)